



Energiekosten: Stromsparen allein reicht nicht

Energiekosten: Stromsparen allein reicht nicht
Die Logik scheint simple: Einfach weniger Strom verbrauchen, so die Kosten senken und die Umwelt entlasten - und schon können höhere Strompreise niemanden mehr schocken. Tatsächlich kann man die Stromrechnung durch Einsparungen reduzieren, aber auch das stößt an Grenzen. Wenn die Stromrechnungen von Haushalten und Industrie nicht noch weiter steigen sollen, müssen auch die Abgaben auf den Strom begrenzt werden.
Land auf Land ab fordert die Politik Unternehmen auf, effizienter mit Strom umzugehen und so die Kosten im Zaum zu halten. Auch die Haushalte sollen Strom sparen, um ihre Rechnungen trotz steigender Preise noch bezahlen zu können. Der nächste Preissprung steht zum Jahreswechsel vor der Tür, wenn die Förderung erneuerbarer Energien erhöht wird und der Strom pro Kilowattstunde dadurch um rund 2 Cent teurer wird. Allein für die sogenannte EEG-Umlage und die Mehrwertsteuer auf diese Umlage werden für einen 2-Personen-Haushalt dann gut 200 Euro im Jahr fällig. Im Gegenzug will der Bundesumweltminister die Haushalte besser beraten, wie sie weniger Strom verbrauchen können.
Und so wie jeder einzelne Haushalt Strom sparen soll, soll es nach dem Willen der Politik das ganze Land: Die Bundesregierung möchte den Stromverbrauch bis 2020 um 10 Prozent gegenüber 2008 senken. Das Problem ist, dass bis 2011 gerade einmal 1,4 Prozent weniger Strom floss. Seit dem Jahr 2000 ist der Stromverbrauch sogar um 4,5 Prozent gestiegen. Zudem erschwert eine ganz andere, eigentlich erfreuliche Entwicklung die Sparbemühungen: Neue Technologien wie Wärmepumpen oder Elektroautos setzen auf Strom. Dank ihnen wird viel Öl oder Gas eingespart, aber mehr Strom verbraucht.
Niemand darf also darauf hoffen, dass sich die Probleme der Stromversorgung praktisch von selbst lösen, indem einfach weniger verbraucht wird. Vielmehr sind die Haushalte darauf angewiesen, dass die politisch verursachten Belastungen des Strompreises nicht immer weiter steigen.
Dr. Hubertus Bardt
Telefon: 0221 4981-755

Pressekontakt

Dr. Hubertus Bardt

50968 Köln

Firmenkontakt

Bayer MaterialScience AG

50968 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln ist das führende private Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Wir vertreten eine klare marktwirtschaftliche Position. Es ist unser Auftrag, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse in Politik und Öffentlichkeit zu festigen und zu verbessern. Wir analysieren Fakten, zeigen Trends, ergründen Zusammenhänge - über die wir die Öffentlichkeit auf vielfältige Weise informieren. Wir forschen nicht im Elfenbeinturm: Unsere Erkenntnisse sollen Diskussionen anstoßen. Unsere Ergebnisse helfen, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Als Anwalt marktwirtschaftlicher Prinzipien entwerfen wir für die deutsche Volkswirtschaft und die Wirtschaftspolitik die bestmöglichen Strategien und fordern und fördern deren Umsetzung.